

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, 10c
Veranstaltungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der
Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Sitzung des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses

In den Tagen vom 16. und 17. August fand in Berlin im Reichstagsgebäude die zweite Kriegstagung des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses statt. Die erste Tagung war am 28. und 29. April in Köln und hatte sich mit programmatischen Fragen für die Zukunft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und mit dem Problem der Volksernährung beschäftigt. Auch die nunmehrige zweite Tagung hatte sich vorwiegend mit Kriegsaufgaben und -erfahrungen, soweit sie für die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind, zu befassen. Voran stand die Schaffung eines Programms für die christlich-nationale Arbeiterbewegung; dann eine Darlegung von Aufgaben der deutschen Politik im Innern und nach außen; ferner die Beratung über Maßnahmen zur Verhinderung einer Kleinwohnungsnot nach dem Kriege, und schließlich die Fürsorge für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer.

Schon seit längerer Zeit war das Bedürfnis empfunden worden, die seit mehr als zehn Jahren vertretenen Grundzüge und die praktischen Erfahrungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu einheitlichen programmatischen Richtlinien zusammenfassend zu verarbeiten. Diese Arbeit wird in kurzer Zeit der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

Das Ergebnis der Kongressberatungen wurde niedergelegt in folgenden

Entschlüsse:

Außere und innere Kriegsfragen

1. Zur Wiederaufrichtung und zum Weiterbau seiner Friedensarbeit bedarf das deutsche Volk der fest gegründeten Sicherheit gegen äußere Feinde. Erste Voraussetzung hierfür ist eine starke, schwer angreifbare Stellung des Reiches auf dem europäischen Festland. Dergleichen ist die Entfaltung des deutschen Einflusses und des deutschen Wirtschaftslebens auf den Hochstrahlen der See eine Notwendigkeit. Wir haben die Zuversicht, daß aus dem, was unsere Kämpfer im Felde errungen haben, dem Reich die notwendige Zukunftssicherung gestaltet und eine neue Freiheit der Entwicklung geschaffen wird.

2. Im inneren Leben der deutschen Zukunft ist die tatsächliche Anerkennung und praktische Durchführung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft eine Grundbedingung innerer Gesundung und des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslbens. Eine volkstümliche Gestaltung des preußischen Wahlrechts ist hierfür eine Notwendigkeit. Nur so kann auch das Interesse aufrecht erhalten werden, das breite Massen durch den Krieg am Staatsleben genommen haben.

3. Beim Neuaufbau unserer Handelspolitik nach dem Kriege, sowie bei den Maßnahmen der Übergangswirtschaft ist neben der berechtigten Weiterführung des Schutzes der innerdeutschen Arbeit die Konsumkraft der Verbraucherbevölkerung besonders zu schonen und zu pflegen.

4. In der Kriegswirtschaft bebauern wir, daß es noch nicht gelungen ist, der vorhandenen Widerstände Herr zu werden. Wir erwarten, daß die ohnehin bestehenden Schwierigkeiten mit fester Hand überwunden werden, und daß eine regelmäßige und ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln gesichert und die Preisgestaltung auf eine erschwingbare Höhe aufgebaut wird. Auch ist eine bessere Verteilung der Lebensmittel zwischen Stadt und Land, sowie eine Abmilderung der Preise nach dem Einkommen und nach der Zahlungskraft der Verbraucher geboten.

5. Solange der Feind gegen das Reich und gegen die Kraft unserer Arbeit ankämpft, ist unerwünscht-

liches Aushalten und Durchkämpfen unser eiserner Wille. In der Ueberzeugung, daß Einigkeit und Geschlossenheit eine der Bedingungen für raschere Beendigung des Krieges ist, stehen wir mit einhelliger Entschlossenheit zur politischen und militärischen Führung des Reiches.

Fürsorge für die heimkehrenden Krieger

Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses richtet an die gesetzgebenden Körperschaften die Anforderung, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den heimkehrenden Kriegern, deren Angehörige zu dem im Gesetze betreffend die Unterstützung von Familien eingezogener Mannschaften bezeichneten Personenkreis gehören (Gesetz vom 28. 2. 1888; 4. 8. 1914, Verordnung des Bundesrats vom 21. 1. 1916) nach ihrer Entlassung aus dem Kriegsdienst im alten Bunde wieder Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Dabei ist insbesondere den Angestellten, deren Verhältnisse besonders ungünstig liegen, der Anspruch auf Rückkehr in ihre alte Arbeitsstätte möglichst sicherzustellen.

Maßnahmen gegen die Kleinwohnungsnot nach dem Kriege

Zahlreiche Anzeichen lassen eine große Wohnungsnot und Wohnungssteigerung für die Masse der Bevölkerung nach dem Kriege befürchten. Die Erstellung von Kleinwohnungen blieb schon in den letzten Friedensjahren in vielen Gemeinden hinter dem Bedarf zurück und kam in den Kriegsjahren fast völlig zum Stillstand. Nach dem Friedensschluss ist eine gesteigerte Nachfrage nach kleinen Wohnungen durch die erfahrungsgemäß nach jedem Kriege steigenden Verehelichungen durch die Kriegsgeliebten, durch den Zuzug von dem Lande in die Industrie- und Handelsmittelpunkte und durch die zu erwartende Rückwanderung zahlreicher Auslandsdeutscher zu erwarten. Diese Nachfrage wird verschärft durch Abwanderung in Kleinwohnungen von im Kriege wirtschaftlich geschwächten Mittelstands-Existenzen und den Familien von Kriegsgesessenen aus den Mittelschichten unseres Volkes und nicht zuletzt durch die drohenden Mietsteigerungen, die ebenfalls zu Einschränkungen des Wohnungsbedarfes zwingen werden.

Dieser voranzuziehende Mangel an Kleinwohnungen und ihre Teuerung zwingt schon jetzt dazu, alle Mittel zur Abänderung der drohenden Wohnungsnot einzusetzen.

Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses ruft deshalb alle zuständigen Stellen, Reich, Staat, Provinz, Kreis, Gemeinde auf, umgehend Maßnahmen einzuleiten, die eine Wohnungsnot für das auf dem Schlachtfelde und in der Heimat treubewährte Volk verhindern.

Die Hauptaufgabe der Wohnungsbeschaffung ruht auf den Gemeinden. Ihre besondere Aufgabe für den kommenden Frieden ist es, schon jetzt die Erstellung gesunder, preiswerter und zeitgemäßer Kleinwohnungen zu betreiben. Dabei sind die bewährten Wege der Wohnungsbeschaffung auf gemeinnütziger Grundlage zu bevorzugen (Eigendau der Gemeinde nach Umer System mit Wiederkaufo- oder Erbbaurecht.) Zusammenwirken mit genossenschaftlichen und gemischtwirtschaftlichen Bauvereinigungen, unter Vermeidung ungewöhnlicher und verteuender Straßenbau- und Baupolizeivorschriften. Die Lösung der Kleinwohnungsfrage ist durch das Eigenheim mit Garten unter Ausschließung jedes spekulativen Mißbrauchs anzustreben. Das Eigenheim ist eine feste Stütze für ein gesundes Familienleben, die Antreibekraft für Ordnung, Sitte und Sparsamkeit. Die Lehren des Krieges weisen nachdrücklich

auf die Bevorzugung des Gartenheims als die geeignetste Grundlage für ein neues deutsches Wohnungs- und Siedlungswesen hin.

Staat und Gemeinde gemeinsam haben die Aufgabe, durch weitreichende Bebauungspläne für die größeren Gemeinden und deren ländliche Umgebung der Siedlungstätigkeit zeitgemäße Wege zu weisen. In öffentlichem Besitz befindliches Land ist der so vorgezeichneten Besiedlung zugänglich zu machen, preiswertes Bauland dazu zu erwerben. Erwerb und Erschließung solcher Gelände kann auch zweckmäßig gemischtwirtschaftlichen, auf gemeinnütziger Grundlage stehenden Landgesellschaften unter Mitwirkung der an den Siedlungsaufgaben beteiligten Arbeitgeber-, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreise übertragen werden. Solche Landgesellschaften haben die Pflicht, Landwerb und -abgabe nur nach sozialen, gemeinnützigen Gesichtspunkten zu betreiben und die spekulative, wohnungsverteuernde Ausnutzung des Bodens zu verhindern. Sie können allein, oder im Zusammenwirken mit den bestehenden, bewährten gemeinnützigen Bauvereinigungen die Wohnungserstellung und Besiedlung betreiben. Anwendung des Erbbau- oder Wiederkauforechts.

Staat und Provinz haben die Aufgabe, durch energische Quotenrisikoprüfung der ländlichen Besiedelung die drohende Abwanderung nach den Städten abzuwenden und den Landarbeitern den Aufstieg zu kleinbäuerlichem Besitz zu ermöglichen. Bundes Siedlungswesen festsetzt aus Land.

Aufgabe von Reich, Staat und Gemeinde ist es alsdann, durch Herstellung von Kleinwohnungen für die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter und geringbesoldeten Beamten zur Entlastung des Wohnungsmarktes beizutragen. Die Mitwirkung gemeinnütziger Bauvereinigungen erscheint wünschenswert.

Dringende Aufgabe des Reiches ist es schließlich, durch eine durchgreifende Reform des Boden- und Hypothekensystems eine dauernde Gesundung des gesamten Wohnungswesens zu sichern. Insbesondere hält der Ausschuss des Arbeiterkongresses die schleunige Durchführung der Reichstagsbeschlüsse für ein Reichswohnungs-gesetz (1912), ferner die Beschlüsse von 1916 für Bereitstellung von Mitteln und für Bürgschaften des Reiches zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen, ferner zur Schaffung von Kriegerheimstätten, Förderung der Tilgungshypothek und für Errichtung öffentlicher Schatzungsämter und Pfandbriefanstalten (Stadtschaften) geboten. Der Ausschuss erblickt in der Einführung der Sparpflicht oder der Wohnungsversicherung geeignete Maßnahmen für die Kapitalbeschaffung zur Wohnungserstellung und zum Eigenheimwerb der minderbemittelten Bevölkerung.

Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses fordert seine Anhänger und Mitarbeiter im Lande auf, der Kleinwohnungsfrage ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und schon jetzt auf die Gemeindeverwaltungen einzuwirken, damit rechtzeitig der voraussichtliche Bedarf an Kleinwohnungen nach dem Kriege ermittelt und durch rechtzeitige Erstellung von Wohnungen, insbesondere durch die Förderung des Eigenheims mit Garten der drohenden Wohnungsnot nach dem Kriege begegnet wird.

Bur Ernährungs- und Sozialpolitik

Die wirtschaftlich schwachen Volksgenossen haben berechtigten Anspruch auf den Schutz des Staates. Sein harter Arm muß sie schützen gegen Ueberverteilung und Ausbeutung. Geht es ihnen nicht, so wird der Staat

In seinem Bestande selbst gefährdet, die Gesellschaft wie die Sicherheit in Frage gestellt. Gedrängt durch die Massen der Bevölkerung und die Verhältnisse ist vor mehr als 40 Jahren mit der Reichssozialpolitik begonnen worden. Mächtige Interessengruppen stellten sich ihr entgegen. Bis auf den heutigen Tag hat sich diese Gegnerschaft erhalten, die den „Staatssozialismus“ verurteilt, dagegen das Spiel der „freien“ Kräfte über alles erhebt, weil es für sie am vorteilhaftesten ist, die aber auch keine soziale Dasten will. So ist manches nicht zustande gekommen und versäumt worden, was den breiten Schichten der Bevölkerung und damit dem Staate von Nutzen gewesen wäre. Von einem sozialen Ernährungsweisen war bis zum Ausbruch des Krieges keine Rede. Es gab keine Reichsstelle, die sich mit diesem wichtigen Gegenstand hauptamtlich befaßte, regelnd und preisbildend wirkte. Die mangelhafte Statistik erlaubte weder eine Uebersicht über die Lebensmittelherzeugung noch über den Verbrauch. Es gab keine Vorratsansammlung, noch einen Verteilungsplan für Erzeugung und Vorrat, keine Ueberwachung des Lebensmittelmarktes und der Preisbildung. In den neunziger Jahren wurden sogar die Transit- und Mühlenlager für ausländisches Getreide aufgehoben, und 1914 noch wendeten sich Vertreter des Handels gegen die Aufspeicherung von Kaffee an den Stapelplätzen des Seehandels. Als bei Ausbruch des Weltkrieges Deutschland von der Zufuhr abgeschnitten wurde, waren die Vorräte gering. Dieses, mangelnde Voraussicht, das Fehlen eines Kriegswirtschaftsplanes, das verspätete Eingreifen des Staates zur gleichmäßigen Verteilung der vorhandenen Lebensmittel und zur Verhinderung der Preistreiberi, hat die Lebensmittelversorgung sehr erschwert und die Stimmung weiter Volkstreu recht ungünstig beeinflusst.

Nach vielen tastenden Versuchen, Prüfungsstellen, Beiräte, ist endlich, kurz vor Beendigung des zweiten Kriegsjahres, das Kriegsernährungsamt geschaffen worden. Es hat das Verfügungsrecht über alle Lebensmittel, Futtermittel und die zur Viehverzorgung nötigen Rohstoffe. Manche bisher gemachten Fehler sind verbessert und Anordnungen getroffen und in Vorbereitung, die, wenn durchgeführt, die Lebenshaltung weiter Kreise erleichtern. Die mangelnde Einfuhr, in Höhe von rund drei Milliarden Mark in 1913, kann das Kriegsernährungsamt allerdings auch nicht ersetzen, ebensowenig wie den letzten Ernteausfall. Es ist, wie das deutsche Volk überhaupt, in der Hauptsache auf die Ernteergebnisse angewiesen, die ja in diesem Jahre viel bessere sind als wie 1915. Viel mehr als 25 Gramm Mehl pro Kopf und Tag wird auch bei reicher Ernte kaum verteilt werden können, wohl Zulagen für die Schwerarbeiter in Industrie und Landwirtschaft, sowie für die reifere Jugend. Es war eben nicht möglich, während des Krieges die Anbauflächen zu vergrößern und den Boden erträglicher zu machen.

Das verlangt wird, ist Preis und Verteilung aller anderen Lebensmittel ebenso mühselig zu regeln wie Brot und Mehl. Das ist schwer, ja, teilweise geradezu

unmöglich. Nach der Ernte steht eine bestimmte Menge an Brotgetreide zur Verfügung und kann auf den Kopf berechnet und verteilt werden. Beim sich stets ändernden Viehstand, der zudem wegen der Erzeugung von Fett und Milch, als produzierender Faktor nicht bis auf den Grund angegriffen werden darf, ist eine derartige Regelung und Austeilung von Fleisch, Milch und Butter nicht möglich.

Für Erhöhung der Viehproduktion haben Reich und Staat anreizende hohe Vieh- und Fleischpreise bewilligt und zugelassen, auf staatslosen Futtermittel bereit gestellt und die Mast zu fördern gesucht. Hier und da wird durch Zuschüsse und Bezahlung von Preisdifferenzen, sowie durch Gelbunterstützung den ärmeren Konsumenten zu helfen gesucht. Weitergehende diesbezügliche Wünsche, die auch im Reichstag Unterstützung fanden, blieben unerfüllt. Es erscheint unmöglich, all die verschiedenen Einzelwünsche der Erzeuger und Verbraucher zu erfüllen, die Wirtschaft eines 70-Millionen-Volkes von einer Zentralstelle aus zu regeln. Das ist allmählich allenthalben klar geworden. Kein Vernünftiger will aber die regelnde Hand der Regierung entbehren und es ist anzuerkennen, daß ohne die staatlichen Eingriffe es im Ernährungsweisen sehr viel schlimmer aussehen würde.

Aber wie die Sozialpolitik, so findet auch die soziale Ernährungspolitik ihre Gegner und Rörgler. Die Kapp- und Laseaner, die der gegenwärtigen Regierung alle möglichen Schwierigkeiten bereiten und einen der ihrigen als Reichskanzler haben möchten, verurteilen auch die Ernährungspolitik. In einem in den letzten Wochen auch in Süddeutschland verandten Flugblatt: „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler“ wird dieser scharf angegriffen. Mit Bezug auf die Ernährungspolitik wird der Regierung „Unentschlossenheit und Schwäche, Furcht vor der großen Masse der Verbraucher in den Großstädten und Industriezentren“ vorgeworfen. Die Preisbildung werde nicht mehr nach den für sie maßgebenden Gesetzen von Angebot und Nachfrage, sondern aus falsch verstandener Humanität nach sozialen Gesichtspunkten behördlich geregelt. Der natürliche Vermittler, der Handel sei ausgeschaltet und die öffentliche Versorgung in die Hände von Syndikaten und Stadtverwaltungen gelegt. Die freie Konkurrenz müsse wieder gestattet und das Nehmen von Spekulationsgewinn erlaubt sein. Blasphemisch wird auch vom Herrgott gesprochen, der beschloffen habe, uns 1915 eine Mißernte aufzuerlegen. Die Beamten bekommen eine besondere Note: „Es ist im Grunde alles Kleinbeamtenpolitik, so kurzfristig, wie die Einsicht keiner Beamten in die tiefen Zusammenhänge der Volkswirtschaft zu sein pflegt.“

Nach dem Kappischen Elaborat hätten die Regierungen überhaupt nicht eingreifen und auf dem Gebiete des Ernährungsweises gar nichts tun sollen. Weil dies aber geschah, ist es „Unentschlossenheit und Schwäche“. Der Reichstag in seiner großen Mehrheit wünschte allerdings ein viel entschlosseneres Eingreifen gegen die Spekulationsgewinne und die Preisbildung nach Angebot und Nachfrage. Nach diesem Geheße wären die breiten Massen

am Verhungern und das Durchhalten über die schwere Kriegszeit hinaus unmöglich. Die Frondeure stören sich nicht daran und nehmen darauf keine Rücksicht, wenn ihre Interessen und bestimmte Ziele in Frage kommen. Mit Starren steht aber das Volk der „Neuen Leute“ eine derartige „konservative“ Politik und lehnt sie als kleinlich und schädlich zugleich ebenso ab wie die Regierung. Was von jenen Kreisen politisch zu erwarten ist, deutet die genannte Flugchrift an mit den Sätzen: „Das höchste Ziel liegt nicht in übertriebenen verfassungspolitischen Forderungen auf Einführung eines radikalen preussischen Wahlrechts.“ Es wird leblich zugestanden, eine Wahlreform auf der „Grundlage eines direkten, öffentlichen, automatisch wirkenden Pluralstimmrechts unter Erhöhung des wahlfähigen Alters“. Die Bevölkerung der süddeutschen Staaten würde sich für eine derartige Rückwärtsbrechung ihrer Rechte schönstens bedanken, ebenso die Arbeiterchaft, wollte man die Sozialpolitik und die soziale Ernährungs politik aufgeben, anstatt sie im allgemeinen Interesse weiterzubauen. S. P.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Joh. Klingebiel** und **Hermann Ronnemann**, Mitglieder der Bahnhalle Döhren. Zum Unteroffizier befördert wurde Kollege **Nikolaus Scholze** aus Jeknitz, Mitglied der Verwaltungsstelle Baugen.

In der Frage des **Wochengeldes**, welches nach § 195 der RVO. den Wöchnerinnen acht Wochen lang von den Krankenkassen gewährt werden muß, ist vom zweiten Revisionsenat des Reichsversicherungsamtes die grundsätzliche Entscheidung gefällt worden, daß dieses Wochengeld nicht nach Arbeitstagen, sondern für jeden Kalendertag der acht Wochen zu berechnen sei. Diejenigen Krankenkassen, die an Wöchnerinnen nur für Arbeitstage Wochengeld zahlen, müssen dazu angehalten werden, daß sie diese Praxis der neuen grundsätzlichen Entscheidung der RVO. entsprechend berichtigen.

Billigere Futtermittel sind auch eine Forderung der Landwirtschaft. Der Kriegsausgleich für Konsumenteninteressen schreibt uns: Die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats weist im Wochenbericht vom 18.—24. Juli darauf hin, daß für Futtermittel ungeheure Preise gezahlt werden müssen, damit das Mehl, Mast- und Zugvieh leistungsfähig erhalten bleibe. Für Eichelmehl wären 690—740 M je Tonne zu zahlen, während die Landwirte die gute Gerste für 300 M hergeben müßten. — Daraus folgt zunächst, daß die übertriebenen hohen Futtermittelpreise auch die Preise des Futtermittels ganz ungebührlich in die Höhe gejagt haben, und wir gehen sicher mit der vornehmsten Vertretung der deutschen Landwirtschaft einig, wenn wir auf Grund dieser Feststellung nunmehr nicht nur eine bedeutende Herabsetzung der Futtermittelpreise, sondern auch der Futtermittelpreise fordern. Letztere müssen natürlich niedriger sein als die für eigentliche Futtermittel.

Unser **Viehbestand**. Im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Kaiserlich Statistische Amt die Ergebnisse der

Wiedersehen im Felde

Nach der Krankheit schweren Tagen
Endlich war die Kraft erneut,
Und mich ist ein süßes Wagen
Nieder in den Völkerrreit.

Früher Herzens laut ich wieder
Zu der alten Batterie,
Fand der alten Waffenbrüder
Stolz noch und grüßte sie.

Trafte manche Hände brüder,
Schwielehand und weicherhaun,
Dacht' in treue Augen blühen,
Sannte Mut beiraten schon'n.

Wagte aber dennoch fragen:
„Steh denn immer alle hier?
Leisten doch in ein'gen Tagen
Auch noch den Kampf mit mir!“

Von den Kameraden keiner
Sagte mehr ein frohes Wort,
Und mich führt der Heßten einer
Sich an einem stillen Ort.

Unter Linden, unter Eichen,
Fand ich dort ein Heßengrab; —
Nur Kameraden Zeichen
Erstreckte man zur Ruh' hinab.

Und ich sah der Felber Namen,
Und mein Herz noch trauerfüher,
Dag mir leis die Tränen kamen; —
Und mein Herz war nicht mehr.

Er, der Jüngste noch von allen,
Doch die, welcher Kraft,
Er auch in dem Kampf gefallen, —
Er war mit Junggeheiß.

Und ich konnte kaum erfassen
Dieser Wahrheit schweren Sinn; —
Lange stand ich dort verlassen, —
Strenge Eichenblätter hin.

Unterhand v. Höhe 304, 8. Aug. 1916.
Kriegsfrw. Jof. Albidier (Lejten).

Im Ungarland

L
Budapest, den 16. August 1916.

Ein schöner Sommerdag. Heiß brannte die Sonne, als wir uns „feldmarschmäßig“ bei unserem Vorgehen als fertig zur Fahrt mit frohen Gesichtern meldeten. Wir waren zu einem Kommando nach Ungarn bestimmt. Ganz plötzlich war es gekommen, und ebenso schnell waren wir zur Fahrt bereit. Ein kräftiger Handdruck und mit gutem Wünsche für das fernere Wohlergehen waren wir vom Kompaniechef entlassen. Mit frohem Mut ging es der Fahrt entgegen.

Als Gefolgskommando hatten wir für den uns übergebenen Bahnhofsraum aufzunehmen, besonders aber darauf zu achten, daß derselbe auf Kreuzungspunkten ab- und an den nächsten unsere vorgeschriebene Richtung fahrenden Zug wieder angekuppelt wurde. Unser Wagen besonders darauf aufmerksam gemacht worden, daß es öfters vorkommt, daß die Wagen nach ganz andere Richtungen mitgenommen werden und die Begleitwärter dann dastünden und abwarten bekräftigt würden. Unser Wagen war fest verschlossen; wir saßen also in dem nächsten Personenwagen Plätze zu bekommen, was uns auch gelang. Wir teilten ein Mittel erster Klasse mit zwei Ungarn, die, von einem deutschen Soldaten als gefeilt entlassen, wieder zu ihrem Kommando zurückkehrten. Der eine der beiden Begleitwärter war ein Mann wie ein Keger und sprach gar kein Deutsch, der andere konnte nur wenige an ihm geübte Fragen beantworten. So viel hörten wir, daß wir beide unter Handabgabe Zahlen gemischt und vermischt werden waren, daß die Plätze im Kommando gut

gewesen sei. Beide freuten sich, nun bald wieder gegen die „Droska“ (Russen) geführt zu werden.

Es war bereits dunkel geworden, als wir die deutsche Grenze passierten. Obwohl ich die österreichische Eisenbahnbeamten-Uniform von früher her kannte, so macht sie doch einen eigentümlichen Eindruck. Man hat das Gefühl beim Uebergang vom deutschen zum österreichischen Eisenbahnbetrieb wie ein junger Meserwitz, der vom Militär entlassen und in seinem neuen Wirkungskreise die peinlich genaue Zeiteinteilung vermisst. Doch es geht, ohne erhebliche Verpätung fahren wir weiter bis zur nächsten größeren Station. Hier wird unser Wagen an einen endlos langen deutschen Militärzug angehängt. Da die Wagen alle dicht besetzt waren, so erkletterten wir jeder ein Bremserhäuschen und machten es uns dort bequem. Die Nächte waren nicht kalt, und am Tage war der Aufenthalt in der luftigen Höhe jedenfalls besser als in den überfüllten Abteilen. Allerdings ein Nachteil war der, daß man niemand nach diesem oder jenem Stückchen Erde, Berg oder Burg fragen konnte; man war eben allein. Aber auch die in den Wagen Untergebrachten hätten schwerlich die Fragen beantworten können, da sie ja an der Nordsee zu Hause waren und wohl auch alle die Fahrt zum erstenmal machten.

In Preßburg, das wir am Abend des zweiten Tages erreichten, war ein längerer Aufenthalt. Da der Wagen bebenflich hintrieb, so liegen wir uns am Bahnhof etwas warmes Nachtessen bringen, das vortrefflich schmeckte und auch zu angemessenen Preise verabfolgt wurde.

Als ich meinen Sitz wieder einnehmen wollte, war derselbe von einem anderen Fahrgast belegt. Ein Beamter des Zugpersonals hatte einfach meinen Tornister und sonstiges Gepäc beiseitegeschoben und dafür das seinige dort verfracht. Ich protestierte, jedoch der gute Mann verstand kein Deutsch; er muß wohl aber doch an Ton und Gebärden gemerkt haben, daß es besser sei, das Feld zu räumen, denn nach kurzer Auseinandersetzung, die weniger handstreichlich war, erließ er eiligst den Sitz, sagte seine Papiere ab und verschwand unter dem Vorfall meiner Kameraden.

Inzwischen schien es in der Stadt bekannt geworden zu sein, daß ein deutscher Militärzug am Bahnhof sei,

Viehzahlung vom 1. Dezember 1915 und stellt sie der Zahlung vom 1. Dezember 1914 gegenüber:

Table with 3 columns: Animal type, 1915 count, 1914 count. Rows include Pferde, Kühe, Schweine, etc.

Wir haben somit bei allen Tierarten einen Rückgang anzusehen, der jedoch nicht gleichmäßig ist. Während der Rindviehbestand um circa 1 1/2 Millionen gesunken ist, ist dies bei den Schweinen um mehr als 8 Millionen der Fall.

Weil sie die billigsten sind. In Nr. 77 der 'Südb.-Tabakzeitung' steht eine Anzeige, in der es u. a. heißt: 'Verkaufe größere der Neuzeit entspr. vollbelegte und übervoll beschäftigte Zigarrenfabrik.'

Einem Wuchernest auf die Spur. Wie die Tagespresse mitteilt, wurde in Berlin bekannt, daß sieben Futtermittelhändler in Berlin große Vorräte als Gerste, Roggen und Weizenmehl eingelagert hatten.

dem die Leute belagerten förmlich die den Bahnhof angrenzenden Straßen. Selbst als der Zug aus Preßburg hinausfuhr, war der Bahndamm zu beiden Seiten dicht mit Menschen besetzt.

Am dritten Tage bei Tagesgrauen erreichten wir Ungarns Hauptstadt: Budapest. Die Fahrt bis hierher war sehr schön. Einmal prachtvolles Wetter, dann rechts und links, soweit das Auge reicht, herrliche, mit schwerem Ernteflegel bestandene Getreidefelder.

In Budapest. Wir lieferten unseren Wagen ab und waren somit unsere Sorge, andererseits aber auch unseren Koffer los. Wir hatten jetzt Zeit, uns die Stadt zunächst mal anzusehen.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Beachtung! Sonntag, den 27. August ist der 26. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschaftler zahlt seine Beiträge pünktlich.

Hier scheint man einem Wuchernest auf die Spur gekommen zu sein. In wieviel Fällen war das aber nicht möglich?

Unverschämtheiten. In Nr. 22 der Zeitschrift des 'Nahrungs- und Genussmittelhändler' wird in einem Artikel über das 'Problem der Massenpeisung' ausgeführt: 'Unsere Arbeiter und ihre Frauen leiden keinen Mangel, sondern sie sind unzufrieden, weil sie sich nicht das kaufen können, was sie wollen!'

Ein Reichsamt für Uebergangswirtschaft. Als leitendes und zusammenfassendes behördliches Organ für die organisatorischen Aufgaben der Beschaffung und Verteilung der Rohstoffe, deren die deutsche Volkswirtschaft beim Uebergang vom Kriegszustand in den Friedenszustand in großen Mengen bedürftig wird, ist durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. August 1916 ein Reichsamt für Uebergangswirtschaft bestellt worden.

Kriegsverdienste der Landwirtschaft. Auf der kürzlich stattgefundenen Tagung der westfälischen ländlichen Genossenschaften wurde laut 'Wid. Volksztg.' über die Entwicklung der Geschäftstätigkeit folgendes mitgeteilt: 'Die Spar- und Darlehnskasse hatte bei 97 755 Mitgliedern einen Gesamtumsatz von 476 Millionen Mark.'

Die Gelben und die zukünftige Steuerregelung. In einer Rundgebung der Gelben zu Kriegszielfragen, die hier nichts zur Sache tut, wird auch die zukünftige Steuerregelung der Staatsfinanzen erwähnt. Über die Verteilung der Steuerlasten heißt es da: 'Es ist unmöglich, wenn man es auch noch so gerne möchte, die neuen Steuern einfach auf den Besitzstand zu legen.'

Der Gutenberg-Bund hatte, wie aus seinem letzten erschienenen Jahresbericht hervorgeht, unter dem Kriege nicht wenig zu leiden. Anfang 1914 umgefaßt 3110 Mitglieder, war er bis Ende 1914 auf 2390 und bis Ende 1915 auf 1490 Mitglieder zurückgegangen.

1915 starben 98 Mitglieder den Helbentod, im ganzen bis Ende 1915 137 Mitglieder. 100 Mitglieder erhielten militärische Auszeichnungen. Die Klassenverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen: Das Jahr 1914 schloß mit einem Vermögensbestand von 572 904,66 M ab, nachdem besonders infolge der hohen Arbeitslosenunterstützung 53 977,68 M mehr ausgegeben als eingenommen wurden.

Ein Kinderpiel gegen die rasende Wut. 'Eine schöne Sache wäre der ewige Friede', sagt Parvus in der von ihm herausgegebenen sozialistischen Wochenschrift 'Die Glode' in Heft 16 (15. Juli 1916). 'Schon die Hoffnung auf ihn', sagt er weiter, 'ist schon und der Glaube, daß die Menschheit ihn einmal erringen wird. Möglich, daß sich einmal die wirtschaftlichen Interessen-gegenstände zwischen den menschlichen Gemeinschaften so weit abschleifen, und zugleich der Gemeinschaftsgehalt so stark wird und sich über die ganze Menschheit ausbreitet, daß man die auftretenden Streitigkeiten durch Schieds- spruch beizulegen kann.'

Wiederaufbaugesbiet Ostpreußen

Trotzdem wiederholt in der 'Baugewerkschaft' darauf hingewiesen worden ist, daß die in Ostpreußen in Arbeit tretenden Kollegen auch verpflichtet sind, sich bei den zuständigen Stellen anzumelden, gibt es immer noch eine Anzahl Kollegen, die diesem nicht nachkommen.

Um aber erfolgreich arbeiten zu können, ist eine Zusammenfassung aller vorhandenen und zufließenden Kräfte unbedingt erforderlich. Wie sollen die leitenden Kollegen hier aber wissen, über welche Kräfte sie verfügen, wenn die Kollegen sich nicht melden.

